

VBE Südbaden zeigt Widersprüche auf

Wahlversprechen von 1,2 Milliarden Euro (CDU), beziehungsweise von 0,7 Milliarden Euro (Grüne) warten auf ihre Umsetzung. Das macht der VBE Südbaden bei Pressegesprächen in Konstanz und Oberndorf -also bei Südkurier und Schwarzwälder Bote- deutlich. Der Vorsitzende des VBE Südbaden, Christoph Wolk (Freiburg) zeigte die Diskrepanz auf zwischen dem Finanzgejammer der jetzigen Koalitionäre anlässlich der Diskussionen um den Koalitionsvertrag. "Es kann doch nicht sein, dass Ministerpräsident Kretschmann am Tage vor der Wahl verkündet, dass gut gewirtschaftet wurde und er kurz darauf große Finanzlücken feststellt. Hatte er keine Ahnung vom Handeln des SPD-Finanzministers?", fragt sich Wolk und weist erneut darauf hin, dass in Baden-Württemberg, einem Land ohne Bofenschätze, Bildung ein besonders kostbares Gut ist und Priorität haben muss. Am Redaktionsbesuch nahmen Christoph Wolk, Marianne Markwardt, Silke Lienhart und Josef Klein teil.

Seit der Koalitionsvertrag vorliegt, macht sich Grün-Schwarz an die Arbeit. Derweil gehen beim Verband Bildung und Erziehung Südbaden (VBE) die Alarmglocken los. Denn sie stellen fest: Für Bildung ist zu wenig Geld veranschlagt.

Inklusion, Flüchtlinge, Gemeinschaftsschulen – viele Themen, die derzeit die Bildungspolitik bewegen. Beim VBE ist man sich einig, dass dies alles wichtig ist, doch schon an der Substanz hapert es. »Es ist erschreckend wie viele Unterrichtsstunden in den Schulen ausfallen«, erklärte der Vorsitzende des VBE Südbaden, Christoph Wolk. Grund dafür sind vor allem die fehlenden Lehrer und die schlechte Planung in der Besetzung der Stellen. Der Verband warnt vor allem davor, dass Lehrer zu spät eingestellt würden. Denn die Schweiz wirbt meistens schon Monate vor den Schulen im Land die Kandidaten ab. Doch scheint sich im Allgemeinen wohl nichts zu ändern, denn plötzlich heißt es von Seiten der neuen Landesregierung, dass das Geld für die Bildung knapp sei.

»Für uns ist klar, dass nicht die Finanzmittel fehlen, sondern, dass nur die Prioritäten falsch gesetzt sind«, glaubt Wolk. Denn für ihn und die Vorstandsmitglieder Marianne Markwardt, Silke Lienhart sowie Josef Klein ist klar, dass es kein höheres Gut als Bildung gibt. »Wenn die Qualität auf der Strecke bleibt, dann wird es auch in der Industrie und im Handwerk zu spüren sein, denn schon jetzt fehlen qualifizierte Kräfte«, warnt Wolk vor dem Sparprogramm. Gleichzeitig sehen sich Lehrer und Schulen vor immer größeren Aufgaben. Mit Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge soll Kindern schnell deutsch beigebracht werden. Doch der Haken: Es gibt auch hier nicht genug Personal. Pensionierte Lehrer wurden bereits reaktiviert. Klein ist einer derjenigen, die wieder im Dienst sind. »Plötzlich saßen 20 Kinder vor mir, mit denen ich mich nicht verständigen konnte.«

Auch in Sachen Inklusion sehen sich Lehrkräfte überfordert. Hier sei es notwendig zwei Pädagogen einzusetzen, um zu gewährleisten, dass andere Schüler nicht vernachlässigt werden. Ebenso sieht der VBE in Gesamt- und Realschulen Bedarf an Klassen mit zusätzlichen Lehrern. Bei mehrzügigen Klassen sei es in den Hauptfächern notwendig mehr Personal zu haben, damit einzelne Schüler nicht auf der Strecke bleiben.

Als großes Sorgenkind sieht der Verband die Realschule, denn hier sammelt sich seit dem langsamen Ende der Hauptschule und dem eher unbeliebten G8 eine Mehrheit an Schülern auf ganz unterschiedlichem Niveau an. »Für uns Lehrer ist es ein tägli-

cher Kampf, damit die Qualität der Realschule erhalten bleibt«, erklärte Markwardt. Diese Schüler alle in einer Klasse, mit dem gleichen Stoff zu unterrichten sei auf lange Sicht nicht mehr machbar. Eine Differenzierungsmöglichkeit soll deshalb her, so der VBE. In der Realschule sollte in unterschiedlichen Zügen unterrichtet werden, damit schwächere und stärkere Schüler gleichermaßen gefördert werden können. Denn 50 Prozent der Abiturienten haben zuerst die Realschule abgeschlossen, bevor sie das Abitur machten. Ein wichtiger Grund, das hohe Niveau an den Realschulen zu halten.

Solche Zusatzaufgaben könnten jedoch nicht gestemmt werden, wenn schon die Grundstrukturen nicht stimmen. Trotz der Mängel in diesen Bereichen fehlt es dafür an Akzenten im Koalitionsvertrag, erklärt der Verband. »Es reicht nicht zu sagen, dass wir es schaffen, wir müssen es gut schaffen und das kostet«, sagte Klein besonders mit Blick auf die Flüchtlingslage.